

Gesundheits- und Fürsorgedirektion
Des Kantons Bern
Rathausgasse 1
3011 Bern

Mail: info.ra@gef.be.ch

Bern, 31. August 2016

Vernehmlassung Sozialhilfegesetzrevision

Sehr geehrter Herr Regierungsrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Die BDP Kanton Bern bedankt sich für die Möglichkeit der Stellungnahme zur Sozialhilfegesetzrevision.

Grundsätzlich ist ein Anpassungsbedarf aus unserer Seite unbestritten. Die Einsparungen dürfen jedoch nicht durch Mehraufwand der Verwaltung in den Sozialbehörden neutralisiert werden. Die nicht mehr bedingungslose Leistungshöhe wird von uns unterstützt.

Aufwand, Nutzen und Ertrag müssen positiv ersichtlich sein. Eine Evaluation nach zwei Jahren müsste bereits heute in diesem Revisionsprozess vorgesehen werden.

Zu den gestellten Fragen nehmen wir wie folgt Stellung:

Stimmen Sie dem vorgeschlagenen Modell grundsätzlich zu?

Eher nein. Die BDP Kanton Bern ortet hier einen falschen Ansatz, denn es könnte die Situation entstehen, dass ein neuer Sozialhilfebeziehender drei Monate Einstiegsphase zu überstehen versucht, mit dem Ziel, danach mehr Unterstützung zu erhalten. So verpasst der Kanton Bern sein Ziel.

Stimmen Sie der vorgeschlagenen reduzierten Unterstützungshöhe in der Einstiegsphase grundsätzlich zu?

Eher nein. Sollte das oben vorgeschlagene Modell der Einstiegs kürzung trotzdem im Grossrat gewählt werden, wird die BDP fordern, dass nach 2 Jahren eine Evaluation vorgenommen wird ob sich der eingeschlagene Weg tendenziell finanzpolitisch und auch sozialpolitisch rechnet.

Stimmen Sie der vorgeschlagenen Dauer der Einstiegsphase von drei Monaten sowie der Möglichkeit der einmaligen Verlängerung um drei Monate grundsätzlich zu?

Eher nein. Die BDP Kanton Bern unterstützt, dass grundsätzlich die Leistungshöhe nicht mehr bedingungslos gewährt wird, macht aber ein grosses Fragezeichen hinter die dreimonatige Einstiegsphase.

Stimmen Sie den vorgeschlagenen Ausschlussgruppen von der Einstiegsphase grundsätzlich zu?

Eher nein. Die BDP steht diesem Vorgehen mit kritischem Augenmerk gegenüber. Die Ausschlussgruppen sind klar definiert was die Umsetzung zwar möglich macht, aber einen Mehraufwand bedeutet. Die anvisierten Einsparungen werden durch den grossen Ausschluss-Personenkreis doch stark eingeschränkt.

Stimmen Sie dem vorgeschlagenen Unterstützungssystem für junge Erwachsene grundsätzlich zu?

Ja. Im Kontext des vorgeschlagenen Modells müsste dem wohl zugestimmt werden.

Stimmen Sie dem vorgeschlagenen Unterstützungssystem für VA7+ grundsätzlich zu?

Ja, auch unabhängig der vorherigen Fragen.

Freundliche Grüsse



Enea Martinelli
Präsident BDP Kanton Bern



Michael Kohler
Geschäftsstelle BDP Kanton Bern